

Fachkräfte im Zahlungsverkehr dringend gesucht

Börsen-Zeitung, 17.5.2023

Europa macht ernst in Sachen Instant Payments: Die EU-Kommission hat Ende vergangenen Jahres Pläne vorgestellt, mit denen Banken und Sparkassen verpflichtet werden sollen, Echtzeitzahlungen anzubieten. Eine Überweisung muss somit innerhalb von zehn Sekunden beim Empfänger eintreffen – und das rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr.

Gleichzeitig geht die EU-Kommission gegen die Preisdiskriminierung von Echtzeitzahlungen vor. Diese dürfen zukünftig nicht mehr höher bepreist werden als klassische SEPA-Zahlungen. In der Folge muss mit einem signifikanten Anstieg der Volumina für Echtzeitzahlungen ausgegangen werden, was zusätzliche Last auf die Systeme bringen wird. Auch Banken, die bereits über eine Infrastruktur zur Abwicklung von Echtzeitzahlungen verfügen, sollten prüfen, ob diese einem Anstieg der Volumina gewachsen sind.

Herausforderungen nehmen zu

Darüber hinaus müssen Banken gewährleisten, dass ihre Systeme jederzeit erreichbar sind. Das gilt für Wartungsarbeiten wie auch Release-Wechsel. Bei dem im kommenden Herbst anstehenden Wechsel des SEPA-Schemas auf die neueste ISO-Version etwa sind Ausfallzeiten von bis zu einer halben Stunde geplant.

Nach der Umsetzung der EU-Pläne zu Instant Payments müssten solche Arbeiten unter Umständen im Live-Betrieb durchgeführt werden. Die Pläne der EU-Kommission stellen damit enorme Anforderungen an die Verfügbarkeit und Leistungs-



Foto: PPI

Thorsten Völkel
CEO der PPI AG

fähigkeit der IT-Systeme von Banken und Sparkassen.

Dies ist nur ein Punkt auf der langen Liste der regulatorischen Herausforderungen, vor denen Zahlungsverkehrsdienstleister stehen. Hier ein paar weitere Beispiele:

- In diesem März erfolgten die Target-2-Konsolidierung und der Start der Swift-Umstellung auf das ISO-20022-Format
- Im Rahmen von SEPA 2.0 werden Kreditinstitute ab Herbst 2023 schrittweise verpflichtet, Adressdaten in SEPA-Zah-

lungsdateien strukturiert auszuliefern. Riesige Datenmengen müssen dafür transformiert werden.

- Mit CESOP tritt Anfang 2024 eine neue Richtlinie für Zahlungsdienstleister in Kraft, die den Mehrwertsteuerbetrug eindämmen soll. Diese Richtlinie erfordert den Aufbau eines neuen, sehr komplexen Meldewesens an die nationalen Steuerbehörden.

Als wäre das nicht genug, haben viele Institute mit veralteten IT-Systeme zu kämpfen, die aufwändig gewartet, betrieben und an die neuen Anforderungen angepasst werden müssen. Hinzu kommt zunehmende Konkurrenz von neuen Wettbewerbern wie PayPal und großen Tech-Konzernen, die den Banken die Schnittstelle zu deren Kunden streitig machen.

Image-Problem

Der Druck, der auf den MitarbeiterInnen im Zahlungsverkehr liegt, ist also hoch. Gleichzeitig ist der Gestaltungsspielraum gering. Nur etwa 25 % der Ressourcen im Zahlungsverkehr stehen für Projekte zur Hebung von Ertragspotenzialen zur Verfügung, hat mein Kollege Hubertus von Poser in seinem Gastbeitrag für die Börsen-Zeitung ausgeführt.

Da verwundert es nicht, dass der Zahlungsverkehr für gut ausgebildete Fachkräfte immer unattraktiver wird. Das

zeigt eine Studie zum Thema „Payment as a Service“, die das Software- und Beratungshaus PPI gemeinsam mit ibi research durchgeführt hat. Die Studie umfasst Zahlungsverkehrsdienstleister, die zusammen etwa 90 % des Transaktionsvolumens in Deutschland repräsentieren. In persönlichen Befragungen mit den Zahlungsverkehrs-Verantwortlichen zeichnet sich ein klares Bild der Branche: Für den Nachwuchs erscheine der Zahlungsverkehr nach Ansicht der Studienteilnehmer zunehmend unattraktiv. Deshalb werde es immer schwieriger, ausreichend Fachkräfte zu finden.

Die Folge: Dem Zahlungsverkehr in Deutschland fehlt das Personal. Das zeigt auch die Studie. Demnach führt fast jedes dritte Institut in Deutschland als Grund für eine geplante oder bereits vollzogene Auslagerung des Zahlungsverkehrs den Mangel an qualifiziertem Personal an. Diese Entwicklung könnte sich in Zukunft weiter verstärken, wenn aufgrund der Altersdemografie vermehrt qualifiziertes Personal in den Ruhestand gehen wird. Zahlungsdienstleister sollten sich rechtzeitig überlegen, wie sie mit diesem Trend umgehen. Das betrifft zum Beispiel die Frage, ob sie tatsächlich die gesamte Wertschöpfungskette im Zahlungsverkehr – von der Kundenschnittstelle über das Clearing bis zum Interbank-Geschäft – weiterhin in Eigenregie betreiben müssen.

Wie es anders gehen kann, zeigen die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Hier liegt die Verarbeitung des Zahlungsverkehrs bei den Rechenzentren, also der Atruvia und der Finanz Informatik. Das Clearing übernehmen die DZ Bank bzw. die Landesbanken. Die jeweiligen Institute können sich damit stärker um die Schnittstelle zum Kunden kümmern.

Zahlungsverkehr auslagern

Die PPI-Studie zeigt, dass viele Banken ähnlich verfahren. Drei Viertel der Befragten haben schon zumindest Teile ihres Zahlungsverkehrs ausgelagert. 53 % planen in den kommenden fünf Jahren weitere Auslagerungen. Das betrifft vor allem die Bereiche Clearing und Interbanken-Kommunikation. Der Fachkräftemangel ist natürlich nur ein Grund von vielen, der die Banken zu diesem Schritt bewegt. Wesentlich entscheidender ist die Kostenersparnis, die sich Institute durch die Auslagerung ihres Zahlungsverkehrs erhoffen. Aber die Studie verdeutlicht, dass das Fehlen von qualifiziertem Personal ein Trend ist, den Banken aufmerksam verfolgen und in ihre strategischen Überlegungen einbeziehen müssen. Denn der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit hängt auch davon ab, ob es gelingt, eine Antwort auf den Fachkräftemangel zu finden. Das gilt nicht nur für den Zahlungsverkehr.